

Hollrab

03.09.2003 8:07 Uhr

Meldungen

Wirtschaft, Einsparung 8

ASCII-File

APA0028 5 II 0329 WI

Mi, 03.Sep 2003

Verfassung/Verwaltung/Reform/Konvent/Wirtschaftskammer

Ö-Konvent - Wirtschaftskammer sieht 3,9 Mrd.Euro Sparpotenzial

Utl.: Verwaltungsreform allein soll Kostenentlastung um bis zu 3 Mrd. Euro bringen - Vorschläge an den Verfassungskonvent =

Wien (APA) - Die Wirtschaftskammer (WKÖ) hat im Rahmen des Österreich-Konvents Sparvorschläge vorgelegt, die weit über die Regierungsplanungen für diese Legislaturperiode hinausgehen. In einem dem Konvent übermittelten Papier ortet die WKÖ zwischen 3,4 bis 3,9 Mrd. Euro Sparpotenzial im Zusammenhang mit der Bundesstaatsreform. Der Löwenanteil soll aus der Verwaltung kommen.

In den Vorschlägen noch nicht berücksichtigt sind Einsparungen im Pensions- und Gesundheitssystem, ebensowenig eine eventuelle Reduzierung von Staatsaufgaben oder eine Neugestaltung des Finanzausgleichs. Anders als die Planungen der Regierungskoalition beziehen sich die WKÖ-Vorschläge aber auf alle Ebenen der Administration, also auch auf Länder und Gemeinden.

Mit der Umsetzung der Vorschläge sei die geplante steuerliche Entlastung von 2,5 Mrd. Euro problemlos finanzierbar "ohne eine Steuerreform auf Pump zu machen und ohne alle Hoffnung auf die Konjunktur setzen zu müssen", meinte WKÖ-Chef Christoph Leitl am Dienstagabend. Die Rolle der Wirtschaftskammer im Konvent sei "ein bisschen die eines Mantras der Wirtschaftlichkeit und das steht uns auch zu."

2,5 bis 3 Mrd. Euro können nach Meinung der WKÖ-Experten "vorsichtig-konservativ geschätzt" allein aus einer Reform der Verwaltung lukriert werden. Zwischen 2004 und 2006 solle jährlich etwa eine Milliarde Euro eingespart werden. Zusammen mache dies weniger als 10 Prozent der laufenden jährlichen Ausgaben für die öffentliche Verwaltung von 32,3 Mrd. Euro (exklusive Investitionen) aus. Rund zwei Drittel der Einsparungen müsse bei den Personalkosten, der Rest bei den Sachkosten aufgebracht werden, wird geschätzt.

Das Sparziel von 1 Mrd. Euro jährlich könne "sozialverträglich" und "ohne große personelle Einschnitte" erreicht werden. "Hier sollte man in der Regel mit einer jährlichen Personalfluktuation (rund drei Prozent) samt Nicht-Nachbesetzung von Planstellen auskommen", schreibt die WKÖ an den Konvent.

Auf drei Jahre gerechnet würde dies bei 500.000 öffentlich Bediensteten den Abbau von etwa 45.000 Stellen bei Bund, Ländern und Gemeinden bedeuten. Zum Vergleich: In der vergangenen Legislaturperiode sind durch natürlichen Abgang und Ausgliederungen etwa 13.000 Bedienstete in der Bundesverwaltung abgebaut worden. Im aktuellen Regierungsprogramm ist für die Zeit zwischen 2004 und 2006 der Abbau von 10.000 Dienstposten auf Bundesebene vorgesehen.

(Forts.) mer/mp

APA0028 2003-09-03/07:35

030735 Sep 03